



## "Abschied vom Rechtsstaat"

lautet der Titel eines politischen Essays zur Vereinigungskriminalität der ARE/IGV (internet [www. Are-org.de](http://www.Are-org.de)) vom langjährigen Beauftragten für Öffentlichkeitsarbeit. Ein in seiner Existenz betroffener prominenter SPD-Genosse nahm ihn zum Anlaß, seinen Genossen im Deutschen Bundestag ein trauriges Kapitel deutscher Wiedervereinigung per e-Mail in Erinnerung zu rufen. Es geht nicht allein um sein persönliches Schicksal, sondern um den größten Immobilien-Skandal der Vereinigungskriminalität im Lande Brandenburg, seit Jahren allen Politikern sämtlicher Parteien in den Parlamenten bekannt. Die Resonanz auf seine Monitum war niederschmetternd und bestätigt voll auf das öffentliche Ansehen unserer Volksvertreter. Von 222 persönlich angesprochenen Abgeordneten seiner Partei reagierten ganze drei. Man könnte sie namentlich als couragierte Mandatsträger herausstellen, die sich allein ihrem Gewissen und dem Auftrag ihrer Wähler verpflichtet fühlen, wenn sie nicht beispielhaft für alle Vertreter ihrer Zunft reagiert hätten. Der eine, MdB O. Sch., bat lediglich um die Zusendung eines Artikels aus der MOZ vom 10.01.07, MdB L. B. verwies auf den seit Jahren blockierten Rechtsweg, wie er sich z. Zt. anschaulich am Beispiel der Sachsen-Mafia repräsentiert, d. h. daß bei politisch relevanten Straftaten die Täter und ihre Helfer mit den Ermittlungen gegen sich selbst betraut werden. Die Genossin P. M. MdB versprach immerhin, daß sie das kompromittierende Papier an die Landesgruppe Brandenburg weiterreichen wolle, womit sich der Kreis der Täter und ihrer Handlanger wieder schließt.

Der Brandenburgische Immobilien-Skandal ist zwar nicht weniger kriminell als der Sächsische, aber wesentlich effizienter im negativen Sinne. Ihm fehlte letztlich das Agens, welches das öffentliche Interesse, einmal geweckt, nicht mehr so schnell aus den Schlagzeilen kommen läßt: Sex and Crime. Das machte es möglich, daß die Regierungs- und Vereinigungskriminalität, zu deren Bekämpfung die ZERV eigens ins Leben gerufen worden war, trickreich ad absurdum geführt wurde. Eine unausgesprochene kollektive Negierung der Vereinigungskriminalität. Damit war das Thema Immobilien-Skandal auch für die Medien nicht mehr interessant.

Der mit einer politisch gezielten Hetzkampagne geschürte Haß alter Kader gegen die ungeliebten Wessis als willkommenes Feindbild tat ein übriges, die Unzufriedenheit der neuen Bundesbürger zu nutzen, um von den wahren Tätern abzulenken, die sich als Wendegewinnler und auf Kosten der Allgemeinheit schamlos an öffentlichem und



privatem Eigentum bereicherten. Unterstützt von den Parteien der alten Bundesländer, deren Interesse vornehmlich der Einvernahme der Blockparteien und der Ruhigstellung der alten SED-Kader galt, gelang es denn auch in beiderseitigem Einvernehmen, Ruhe an der Ostfront Brandenburg zu gewährleisten. Der Preis: Kleine Korrekturen des Grundgesetzes betreffend das verfassungsrechtlich geschützte Eigentumsrecht. Ein klarer Verfassungsbruch.

Anders der sächsische Weg in den Kapitalismus. Das sächsische Musterland verband das Nützliche mit dem Angenehmen nach dem sächsisch-augusteischen Prinzip: Luxus und Ausschweifung. Auch der größte politische Skandal hat geringe Chancen einer Aufklärung, und rechtsstaatlich angemessen verfolgt zu werden, wenn er nicht mit dem Rotlichtmilieu in Verbindung gebracht werden kann. Der VW-Skandal und die Leipziger Vorgänge sind dafür die besten Beispiele. Erst wenn eine ganze Behörde in eine exklusives Bordell umfunktioniert wird und Staatsanwälte wie Richter die besten Kunden einschlägiger Etablissements sind, wovon der SPIEGEL wiederholt gut informiert zu berichten weiß, ist das der Stoff, mit dem sich die Trittbrett-Medien noch lange beschäftigen werden. Ob damit auch einer ehrlichen Aufklärung gedient ist, lassen Zweifel aufkommen. Schon rufen Vertreter einer in Verruf geratenen Zunft, die zunächst alle Anschuldigungen in Frage stellen, unter Verweis auf Einsetzung eines Untersuchungs-Ausschusses lautstark nach rückhaltloser Aufklärung. Doch die "Aufklärung" brisanter Politskandale durch Untersuchungsausschüsse in eigener Sache hat noch immer mehr vertuscht als aufgeklärt. Von den Freikäufen prominenter Delinquenten einmal abgesehen (Causa Kohl). Einige Bauernopfer sind allerdings schon auf der Strecke geblieben, wenn auch vorerst auf seiten derer, die sich bei der Aufklärung zu weit aus dem Fenster gelehnt haben. Bei den offenkundigen bedauerlichen "Einzelfällen", in die ungetreue Staatsdiener verstrickt sind, schützt allein schon das Amt die Missetäter vor allzu harter Verfolgung, doch zunächst müssen sie, als doppelte Absicherung gewissermaßen, erst einmal vor einer öffentlichen Vorverurteilung geschützt werden, was in besonderen brisanten Fällen bis zur Verjährung dauern kann. Brandenburg läßt grüßen.

Die Sendung Fakt des mdr vom 18.06.07 mit dem verheißungsvollen Titel: "Gauner, Trickser und Betrüger" hinterlassen bei einem kritischen Zuschauer eher den Eindruck eines Alibi-Aufklärungsbeitrages. Die beiden wenig sachkundigen Moderatorinnen beschäftigten sich mehr mit insistierenden Fragen an einen hilflosen mittelständischen Bauunternehmer, ob er sich schon einmal habe bestechen lassen, als mit den politischen Hintergründen. Investigative Fragen an den Vertreter der Politik, MDB Hans-Peter Haustein, Unternehmer (FDP), der von vornherein klarstellt, daß er wie seine Freunde nie etwas mit Korruption zu tun hatten, wurden sorgsam

vermieden. Amerikanische Journalisten und auch Leute vom SPIEGEL wären anders zur Sache gegangen. Das hätte aber der Karriere beider Damen nur schädlich sein können. Dem Zuschauer bleibt verborgen, welcher politischen Protektion deren Vorgesetzte ihre Posten zu verdanken haben. So kann Aufklärung unabhängiger öffentlich-rechtlicher Medien mehr oder weniger hilfreich sein.

Ernsthafte Aufklärung kann lebensgefährlich sein, wie zahlreiche unaufgeklärte Todesfälle in Brandenburg und Sachsen zeigen. Mafios strukturierte Netzwerke lassen nicht mit sich spaßen. Berufliche und existentielle Nachteile erwarten die ehrlich um Aufklärung bemühten Staatsdiener und engagierten Bürger allemal, wenn nicht durch die Täter selbst, so doch durch erpreßbare und abhängige Helfershelfer in öffentlichen einflußreichen Funktionen und Ämtern. Eine selbst auferlegte verinnerlichte Omertà überspannt ein Netz des Schweigens und Duldens den gesamten Staatsapparat. Das mafiose System der Regierungs- und Vereinigungskriminalität, das einem organisierten Interessenkartell gleicht, wird weder in Brandenburg noch in Sachsen eine umfassende Aufklärung erfahren, solange die Täter, deren Helfer und Mitwisser im Machtapparat sitzen. Zur Erinnerung: In Brandenburg hat der schwer belastete SPD-Genosse Fritsch noch immer das hohe Amt des Landtagspräsidenten inne und die in der Sache nicht minder befangene Dame Blechinger (CDU) - gelernte Lehrerin -, die eine Aufklärung des größten Brandenburgischen Immobilien-Skandals verhindert, bekleidet das Amt der Justitsministerin. Das erklärt nicht zuletzt das schweigsame Verhalten der SPD-Bundestagsfraktion, der auch ein Herr Thierse, der Moralist der Partei, angehört. Eine überforderte Bundeskanzlerin, die ebenfalls über die hanebüchernen Verhältnisse in Brandenburg informiert ist, hat wohl den Bonus, über den Dingen zu stehen und nichts von allem zu wissen. Sie kann sich auf Vorgänger berufen. Es ist etwas faul, nicht nur im Staate Dänemark. Man kann es auch Verwahrlosung der politischen Sitten nennen.

gez. Th. Scheerer  
Vorsitzender der IgV

25. Juni 2007